

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 29 (1939)
Heft: 22

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Die letzten Ringe in der Kette.

Der amerikanische Staatssekretär Cordell Hull hat in Chicago eine Rede gehalten, in welcher sich der kommende Kompromiß zwischen den „Isolationisten“ und den Anhängern einer weitgehenden Unterstützung Englands und Frankreichs ankündigt. Hull trägt der Mentalität seines Landes weitgehend Rechnung. Das heißt, nicht er allein tut das; er spricht für Roosevelt. Mit andern Worten: Roosevelt sucht nach der Methode, die verspricht, den Diktatoren erfolgreich entgegenzutreten, ohne Amerika selbst in einen Krieg zu verwickeln und . . . ohne ihm materiellen Schaden zu bringen. Dieser letzte Punkt ist enorm wichtig, fast noch wichtiger als der zweite. Die Yankees haben im letzten Kriege Europa geliefert, auf Pump und auf dem Wege großer Anleihen, und haben dabei verloren. Mag der große Börsenkrach von 1929 und die nachfolgende Krise das vielfache an Verlusten gebracht haben . . . unverzeihlich finden die frommen Amerikaner nur die Schulden, die andere bei ihnen gemacht, und die sie schuldig bleiben! Und darum verlangt der Durchschnittsbürger in USA, daß man sich politisch nicht mit Leuten verbinde und Partner ihrer Handelwerde, die nachher nicht bezahlen! Das ist der Kern des „Isolationismus“. Wie man sieht, ein fauler Kern, der gar nicht nach Idealismus riecht.

Welche Formel sucht nun Cordell Hull, um den besorgten Besitzern von Dollars das Mitgehen zu ermöglichen? Mit wenig Worten gesagt: Amerika will liefern, wenn „bar bezahlt wird“, wenn die Käufer, die Waffen und Munition aus USA ausführen wollen, eine Eigentumsbescheinigung vorweisen, und wenn sie die „Ware“ mit eigenen Schiffen holen. Amerikanische Schiffe sollen sich nach keinen Gebieten begeben, in deren Umkreis gekämpft wird . . . und amerikanischen Bürgern sollen die Reisemöglichkeiten praktisch sehr eingeschränkt werden. In diesem Sinne also will man das „Neutralitätsgesetz“, das „Lieferungen an Kriegführende“ verbietet, abändern. Die famosen Europäer haben bisher nicht gemerkt, daß man es nur machen müsse wie Japan und China . . . daß man nur den Krieg „unerklärt“ führen müsse, um dennoch alles zu bekommen, was man will. Und weil sie's nicht gemerkt haben, will man in USA eben das Neutralitätsgesetz umkrempeln.

Die ganze Art, wie der demokratische Apparat in den Vereinigten Staaten gehandhabt wird . . . besser, werden muß . . . weckt beinahe ein Hohlnächeln. Statt einer deutlichen Erklärung, Amerika werde mit seinen sämtlichen Kräften eingreifen und von Anfang an dafür sorgen, daß die Entscheidung zugunsten der Westmächte falle, sieht Roosevelt sich gezwungen, auf Schleichwegen zu wandeln, den Geschäftsgeizismus seiner Fabrikanten und Bankiers von der Risikolosigkeit aller neu zu fassenden Beschlüsse zu überzeugen und ihnen am Ende noch die Kata morgana prachtvoller „Abschlüsse“ mit Barzahlungsklausel vorzaubern.

Allein, trotzdem man höhnen möchte, der Sinn der amerikanischen Wendung ist nicht zu verkennen. Frage ist nur, ob auch in Berlin und Rom erkannt wird . . . genauer gesagt, ob alle, auch die machgebenden Kreise verstehen, „was es geläutet hat“. Falls die obersten Spitzen der Nazipartei sich vorstellen, Hulls Erklärung und die Schleichwege der Regierung seien der Beweis für die Unfähigkeit der USA, sich in einen europäischen Krieg zu mischen, dann sind die angekündigten Gesetzesänderungen eine letzte Versuchung, die Entschlossenheit der Demokratien überhaupt anzuzweifeln; dringen aber jene Kreise, die auch heute noch etwas von den „Staatskünsten“ in nicht diktatorisch regierten Ländern verstehen, durch, dann vernimmt auch Hitler, wie man die Worte Hulls zu verstehen habe.

Nämlich: Die Staaten, die im Kriegsfall bar bezahlen und die Waffen mit eigenen Schiffen holen können, sind England und Frankreich. Deutschland und Italien können „weder kaufen noch abholen“ . . . ihre Devisen sind nicht vorhanden, pumpen wird man ihnen nichts, und die Schiffe, die den Atlantik überqueren wollten, würden von den Gegnern gefapert oder versenkt. Es müßte schon das höllische Wunder einer italienisch-deutschen Ueberlegenheit zur See dank unbekannter U-Boot-Waffen geschehen . . . sonst liegt der Fall so klar wie die Schöpfung am ersten Tag. Roosevelt plant einfach die Unterstützung des Westens mit Material im größtmöglichen Umfang, sonst nichts. Und versichert seinen sorglichen Haus- und Kassenvätern, daß sie nur den Barzahlern zu liefern haben werden.

Die neue Lage aber, die dadurch entsteht, charakterisiert Cordell Hull auch ungeschminkt als das, was sie bedeutet, als Hilfsstellung für die Demokratien. Er nennt die Leute blind, die die Existenz „internationaler Provokateure“ leugnen, der Provokateure, welche darauf ausgehen, andere Nationen herauszufordern und den Kampf mit ihnen aufzunehmen. Dieser einzige Satz sollte Hitler und Mussolini beweisen, daß dem britischen Sicherungssystem ein neuer, mächtiger Verbündeter beizutreten im Begriffe steht . . . und zwar der entscheidende Verbündete. Zwar nicht einer, der sofort aktiv eingreifen würde, so wenig wie im letzten Kriege! Aber dafür einer, der mit seiner Material- und Produktionskapazität sämtliche Möglichkeiten der beiden eingekreisten Staaten um ein Mehrfaches übertrifft.

Noch hat Moskau die Antwort auf das Dreierpaktabkommen, wie es zwischen den Delegierten der britischen, französischen und russischen Regierung vereinbart wurde, nicht gegeben. Aber alle Welt rechnet mit der Zustimmung Stalins, die damit seinen Standpunkt durchgesetzt und sich wieder in die europäische Politik eingeführt hat. „Unser Führer kann alles . . .“ hat ein Deutscher gesagt. In der Tat, er hat die englischen Konservativen und die blutigen Bolschewiki nicht nur an einen Konferenztisch, er hat sie sozusagen aufs Staudesamt gebracht. Und nun kommt auch noch USA . . .! Wenn das nicht eine Aenderung der deutschen Haltung erzwingt, dann muß ein Wunder geschehen.

Die innere Lage in den Diktatorländern.

Jede logische Ueberlegung scheint heute außenpolitische Abenteuer für Nationalsozialismus und Fascismus zu verbieten. Einzig und allein die Erwägung, England und Rußland könnten sich an Polen, an der Schweiz, an Jugoslawien und Rumänien desinteressieren, ihre Armeen würden zusehen, ihre Regierungsmänner würden von einem Bein aufs andere treten und nochmals „den Frieden auf Kosten eines Opfers retten“, könnte Berlin oder Rom in Versuchung führen. Je mehr sie sich aber davon überzeugen, daß Chamberlains Regenschirm ein Säbel geworden, um mit einem Witzblatt zu sprechen, desto sicherer werden sie an Frieden denken und höchstens „auf spätere Gelegenheiten“ spekulieren.

Aber hat die logische Ueberlegung recht? Es gibt Fascistengegner, die behaupten, die innere Lage in den Achsenstaaten dränge auf den Krieg hin . . . wider alle Logik. Und wenn die Logik ein Abenteuer verbiete, so werde eine andere Logik es erzwingen. Man könne eine Nation nicht für den Krieg erziehen und nachher Frieden halten. Man könne sie auch nicht hungern lassen um der Kanonenfabrikation willen, ohne schließlich diese Kanonen zu brauchen. Und außerdem

rufe der Hunger und das Mißbehagen Kräfte wach, die langsam, aber sicher den inneren Krieg bringen, falls sie nicht in einem äußern umgebracht würden.

Wie steht es eigentlich mit diesen gefährlichen innern Gefahrenherden? Man kann jeden Tag lesen und hören, daß in Italien der Kaffee fehle, daß die Löhne um 10 %, die Warenpreise aber wieder um 20 % gestiegen seien, daß die Heimkehrer aus Spanien Unzufriedenheit, statt der Triumphgefühle verbreiten, daß die abessinischen Geschäfte schlecht gehen, die Siedler klagen. Man vernimmt von andauernd wachsenden anti-deutschen Strömungen. Man will wissen, der Kronprinz plane einen Aufenthalt in Brüssel, offenbar mit dem Zweck, demokratische Luft zu atmen und mit den Westmächten gegen Mussolini zu konspirieren. An all diesen Nachrichten läßt sich nicht nachprüfen, wie weit sie wahr seien. Dagegen könnte die Formel in Mussolinis Turiner Rede, wonach heute kein einziges europäisches Problem einen Krieg rechtfertige, als die Stimme des untergründigen Italiens gelten. Königshaus, Vatikan, Volksstimmung könnten dem Duce diese Formulierung direkt aufgezwungen haben.

Genau so unsicher sind wir in der Bewertung der Nachrichten über das Dritte Reich. Daß Böhmen und Mähren von Waren geleert werden, weil das Reich sie braucht, daß die Landflucht gewaltig zunimmt, die landwirtschaftlichen Arbeiter an allen Orten fehlen, die Nahrungsmittelproduktion zurückgeht, ist sicher. Aber wie weit die wachsenden Mängel auf die Stimmung der großen Masse wirken, wie weit die Befriedigung, daß die Arbeitslosigkeit geschwunden, schon dem Unmut gewichen, trotz übersteigter Arbeitsleistung immer jämmerlicher leben zu müssen, weiß niemand. Und darum läßt sich auch nicht sagen, ob die Diktatoren in der Tat bald gezwungen sein werden, das „Sicherheitsventil Krieg“ wider alle Logik aufzureißen. Wir glauben nicht, daß es so weit sei.

! Eine zeitgemäße Sache.

Im Nationalrat soll eine Neuerung probiert werden: Die „Arbeitsmethode“, wie sie der Ratspräsident Herr Wallton vorgeschlagen, soll erstmals, „versuchsweise“ angewendet werden. „Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges“ drängten sich längst auf, und es ist nur die Frage, ob wir nicht wieder hinter der Entwicklung herlaufen. Oder mit andern Worten, ob diese Maßnahmen nicht den ganzen Betrieb in Räten und Kommissionen erfassen und ganz anders durchgreifen sollten. Denn die Arbeiten, welche zu bewältigen sind, werden an Umfang nicht ab-, sondern zunehmen; gewisse dieser Aufgaben übersteigen die Fähigkeiten vieler Ratsmitglieder, die nicht Fachleute sind; andere müßten ohne lange parlamentarische Drum und Dran erledigt, dekretiert werden; die Auscheidung dessen, was wirklich „gesetzgeberisch“ und was eher „administrativ“ sei, bietet ungelöste Probleme und hütet mancherlei Möglichkeiten der Erleichterung aller Traktandenlisten.

Wir vernehmen, daß zunächst einmal die Redner künftig von einem zentralen Rednerpult aus sprechen und nur kurze Erklärungen von ihren Sitzen aus abgeben werden. Das Rednerpult hält vielleicht den oder jenen Abgeordneten ab, überflüssigerweise das Wort zu ergreifen . . . irgendwie gewinnt eine Rede an Gewicht, verlangt mehr vom Redner, wenn er sich an einen besondern Platz begeben muß . . . ; es sind auch unter den Nationalräten nicht nur Herren mit „Toupe“ vorhanden. Aber nicht deswegen wird das Pult aufgepflanzt: Das Zuhören für die Kollegen wird leichter sein, als wenn einer von akustisch ungünstiger Saalecke orakelt. Vielleicht hört dann die schon so oft gerügte „Unruhe im Saal“, das Herumstehen und „private Murmeln auf“, und junge oder alte Patrioten, die den Betrieb von der Tribüne aus beobachten wollen, brauchen nicht die bekannte Enttäuschung über den „geringen Ernst“

(wie es da und dort heißt), mit heimzunehmen. Die Frage der Akustik hat auch sonst den Rat beschäftigt, und es werden Verbesserungen der Hörverhältnisse auch anderer als der genannten Art ausgedröhrt. Und sicher ist nichts bedeutamer als das Hören können . . . wir vermuten, die Konzentration des arbeitenden Parlaments werde überraschende Fortschritte zeigen.

Eine Frage, die der langen „Eintretensdebatten“, ist so geregelt worden, daß bei unbestrittenen Vorlagen auf Reden verzichtet wird, oder daß man sich auf ganz kurze Voten beschränkt. Sind die Vorlagen aber bestritten, haben die Kommissionsreferenten konzentrierte schriftliche Berichte abzulesen. In gleichem Sinne soll verhindert werden, daß die „Interpellationen“ allzuviel Zeit wegessen. Der Interpellant soll eine Viertelstunde, nicht länger, sprechen, und der antwortende Vertreter des Bundesrates ebenfalls nur eine Viertelstunde.

Damit ist ein Anfang gemacht. In der nächsten Session soll den Räten ein Entwurf über die Änderung des „Geschäftsverkehrsgesetzes“ vorgelegt werden. Leider bezieht sich dieser Entwurf wieder nur auf einen formalen Punkt: Bei Abstimmungen über die „Dringlichkeit“ hat der Ratspräsident nicht mitzustimmen, also keinen allfälligen „Stichtentscheid“ herbeizuführen. Beim Lesen der Nachricht meinte man schon, es werde ganz anders radikal zugehen, und der Geschäftsverkehr der Räte werde auf den Kopf gestellt. Das ist also nicht der Fall . . .

Hypothese über die Verteidigung der Schweiz.

Es ist begreiflich, daß sich die ausländischen Generalstäbe mit der Frage beschäftigen, was die Schweiz leisten würde, falls eine Mächtegruppe beschlösse, sie als „Durchbruchland“ zu wählen. Unsere drei Nachbarn haben selbstverständlich in ihren Archiven Pläne für alle Eventualitäten auf Lager . . . und man möchte sie kennen. Hält nun ein hoher General irgendwo eine Rede über uns, oder schreibt er, so vernehmen wir, welchen Wert man uns in den Rechnungen der Strategen beimißt, und es kommt bei dieser Gelegenheit aus, auf was man positiv zählt . . . das Negative, auf das man allenfalls spekuliert, vernehmen wir natürlich nicht.

Also, der französische General Nessel bespricht in der „France militaire“ unsere Rolle als erste Schützer der Maginotlinien-Südflanke. Das sind wir in den Augen der Franzosen . . . wenigstens für den Fall, daß nicht Frankreich es wäre, das uns angriffe! (Man hält einen solchen Angriff für unmöglich, aber: A la guerre comme à la guerre!) Natürlich spricht General Nessel nur von unserer Rolle als „mitberechnete Hilfstruppe Frankreichs“ . . . von einer andern nicht. Wie denkt er die Schweiz in dieser Rolle?

Italien würde durch die „Gottharddivision“, wie er sie nennt, aufgehalten. Ein deutscher Durchstoß könnte durch das „Loch von Basel“ durch den nördlichen Jura führen. Das wäre die „kleine Lösung“, die erweitert werden könnte bis zur Benutzung weiter südlich liegender Jurapässe. Die „große Lösung“ aber bestünde in einem Durchstoß bis Genf. Für diesen Fall nimmt General Nessel an, wir könnten unsere Armee mobil machen und die durchgestoßenen Gegner im Rückten fassen und von ihrer Basis abschneiden.

Wir finden diese Vorstellungen erstaunlich. Bis zu einem Durchbruch über Genf dürfte es überhaupt niemals kommen; unsere Grenzbefestigungen müßten so stark sein, und die Truppe so zahlreich, daß ein Ansturm bereits an der Rheinlinie zur „Stellungsschlacht“ würde. Anders können wir Laien uns den Fall gar nicht denken. Am 4. Juni wird unser Volk mit dem Stimmentel beweisen, daß es gar keinen andern als diesen Verlauf der Dinge . . . für den Ernstfall will.